

KOMMENTAR



Endlich einmal ein Ja

Die jungen Europäer und die frohe Osterbotschaft

► BERND MATHIEU

Nun haben wir genug über Europa, die EU und die uns bevormundende Bürokratie gemurmelt. Wir haben die populistische Inszenierung über die Allmacht von Nationalstaaten ertragen und sogar erleben müssen, dass auf diesem Weg zurück demokratische Rechte mit Füßen getreten werden – wie in Polen und in Ungarn. Wir haben die EU kleingeistig in eine Ecke gestellt, in die sie nicht gehört, erst recht, wenn wir sie mit anderen Regionen, Ländern und Kontinenten vergleichen. Wir tun so, als sei sie im Gegensatz zu den Nationalstaaten geprägt von einer überbordenden Regulierungswut, die in Wahrheit jedoch häufig von den nationalen Regierungen verursacht wird.

Es gehört zur frohen Botschaft am Osterwochenende, dass vor allem in der jungen Generation das Plädoyer für Europa eine seriöse und energische Bewegung geworden ist. Sie zeigt sich jeden Sonntag in vielen Städten Deutschlands, darunter mit großem Erfolg in Aachen auf dem Katschhof. Das ist endlich einmal keine Hymne des Nein, sondern des Ja.

Zuversichtlich statt mutlos

Hier gehen Leute für und nicht gegen etwas auf die Straße – für eine grandiose völkerverbindende Idee. Sie wissen, dass das Ganze mehr ist als die Summe der Einzelteile. Sie haben begriffen, dass nur ein europäischer Staatenbund in der Lage ist, global verursachte Probleme zu lösen. Die EU ist trotz aller Macken die demokratischste und vielseitigste politische Landschaft des Planeten Erde.

Die frohe Botschaft: Das sind Freiheit und Solidarität, Gestaltungswille und -kraft. Und dank Papst Franziskus weht ein anderer Wind, den wir doch spüren, den wir nutzen sollten, um zuversichtlich statt mutlos nach vorne zu schauen. Wie sich Kirche trotz aller Schwerfälligkeit schon geändert hat, sieht man

an manchen persönlichen Schicksalen. 2002 wurde der französische Priester Jacques Gaillot als Bischof von Evreux (Normandie) abgesetzt, weil er Sätze wie diesen sprach: „Die Kirche muss die Kirche der Ausgeschlossenen sein, nicht die Kirche des Ausschlusses. Christus hat diesen Weg am eigenen Leib erfahren: den Weg des Verlassenseins, der ungerechten Verurteilung, des Ausgegrenzenseins.“

Unser Europa kriegt Ihr nicht!

So ähnlich spricht heute der Papst. Franziskus kann auf einen Gleichgesinnten zurückblicken: Bei der Eröffnung des II. Vatikanischen Konzils sprach Papst Johannes XXIII. von Menschen, „die zwar voll Eifer, aber nicht gerade mit einem großen Sinn für Differenzierung und Takt begabt sind, die alle Entwicklungen der gegenwärtigen Zeit als Missstände, als Entwicklung zum Schlechten beschreiben. Wir müssen diesen Unglückspropheten widersprechen!“

Die EU, der Pulse of Europe, in Aachen und in anderen Städten, sie sind die Unabhängigkeitserklärung gegenüber nationalistisch angehauchten Versuchen der Einflussnahme. Sie stärken die Meinungs- und Redefreiheit, Kernkompetenzen der EU, und damit ihre Grundidee.

Ihr Rechtspopulisten, merkt Euch eins: Unser Europa kriegt Ihr nicht! Denn Europa ist nicht irgendein Markt und nicht nur der Euro, Europa ist die Entscheidung für einen Lebensstil, für ein vielseitiges Zusammenleben, für eine offene Gesellschaft, für gemeinsame Pläne und Träume. Europa ist Freundschaft und Integration. Europa war auch die Rückkehr von Griechenland, Spanien und Portugal zur Demokratie und der Fall der Berliner Mauer. Europa ist Freiheit. Europa: Das ist unsere Heimat.

Ostern eignet sich nicht als Anlass zur Mutlosigkeit. Wir feiern das hohe Fest des begnadeten Unruhestifters Jesus.

► b.mathieu@zeitungsverlag-aachen.de



Kim Jong Un inmitten seiner Militärs: Der nordkoreanische Diktator will sein Land zu einer Atommacht machen.

Foto: afp

Korea und die Angst vor der Bombe

Das isolierte Nordkorea ist ein verarmter Staat. Trotzdem treibt die Führung die Entwicklung von Atomwaffen voran. US-Präsident Trump spielt mit der Idee eines Militärschlags. Welche Folgen hätte das?

VON DIRK GODDER UND ANDREAS LANDWEHR

Seoul. Wer in der südkoreanischen Zehn-Millionen-Metropole Seoul eine Schutzrichtung sucht, wird meist schnell fündig. Die U-Bahn-Stationen sind so tief in die Erde gebaut, dass sie der Bevölkerung im Fall eines Kriegs mit dem kommunistischen Nordkorea fürs erste als Zufluchtsort dienen sollen. In Südkorea mag sich heute niemand einen zweiten Korea-Krieg vorstellen – der Bruderkrieg von 1950 bis 1953 hat drei Millionen Menschen das Leben gekostet. Doch die Furcht vor einer Eskalation auf der Halbinsel nimmt zu. Die Führung im Norden strebt trotz internationaler Ächtung den Bau von Atomwaffen mit großer Reichweite an. Zuletzt gab es mehrere Raketentests, ein neuer, sechster Atomwaffentest könnte unmittelbar bevorstehen.

Die Sorge in Südkorea ist nun, dass ein unvorhergesehener Zwischenfall rasch außer Kontrolle geraten oder ein gezielter Angriff der USA auf nordkoreanische Militäreinrichtungen verheerende Vergeltungsschläge provozieren würde. Die kommunistische Führung in Pjöngjang selbst, die den USA eine feindselige Politik unterstellt, droht immer wieder mit Erstschlägen.

Eine Serie von Ereignissen hat in Südkorea zuletzt Gerüchte über eine akute „April-Krise“ nach sich gezogen. Dazu gehörte auch die

Entsendung eines Verbands von amerikanischen Kriegsschiffen um den Flugzeugträger „USS Carl Vinson“ in Richtung Korea. US-Präsident Donald Trump hat mehrmals mit einem Alleingang gedroht – das heißt, notfalls auch ohne China.

Südkoreas Regierung versucht, den Gerüchten um eine Sicherheitskrise entgegenzutreten. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums mahnte, „übertriebene Einschätzungen der Lage“ nicht zu glauben. Auch geht Seoul davon aus, dass die USA ohne eine „enge Kooperation“ keinen Militärschlag gegen Nordkorea starten würden. Auch gibt es derzeit keine Anzeichen dafür, dass die USA ihre Landsleute in Südkorea, deren Zahl auf mehr als 200 000 geschätzt wird, zurückrufen.

Trümmerfeld und Millionen Leichen

Einig sind sich Beobachter, dass ein Militärschlag gegen Nordkorea extreme Risiken birgt und einen Krieg mit verheerenden Folgen auslösen könnte. „Ein rauchendes Trümmerfeld mit Millionen von Leichen“ erwartet der Nordkorea-Experte Rüdiger Frank vom Ostasieninstitut der Universität Wien am Ende. „Es dürfte Millionen von Toten geben“, warnte auch ein Diplomat, der schon in den ersten

Stunden mit Zehntausenden Opfern rechnet.

Seoul, das nur 50 Kilometer von der Grenze entfernt liegt, ist in Reichweite der nordkoreanischen Artillerie und Kurzstreckenraketen. Südkorea schätzt, dass der Norden mehr als 13 000 Artillerie-

„Die größte Gefahr derzeit ist, dass es zu Missverständnissen in der Kommunikation zwischen Trump und Kim Jong Un kommt“

JEAN LEE, NORDKOREA-EXPERTIN

Geschütze hat, meist entlang der vier Kilometer breiten entmilitarisierten Zone (DMZ). Selbst wenn Südkorea mit Hilfe der im Land stationierten US-Truppen die Artillerie ausschalten könnte, wären große Verluste unvermeidlich.

Nordkoreas Regierung weiß, dass sie mit einem Angriff ihr Überleben aufs Spiel setzt. Doch ein Krieg würde auch das wirtschaftsstarke Südkorea um Jahre, wenn nicht Jahrzehnte zurückwerfen. „Trotz fehlender Ressourcen und veralteter Ausrüstung könnte Nordkorea durch sein großes, nach vorne positioniertes Militär mit kurzer oder keiner Warnung einen Angriff starten“, hieß es in einem Bericht des Pentagons. „Das Militär verfügt über die Fähigkeit, Süd-

korea bedeutenden Schaden zuzufügen, besonders in der Region von der DMZ bis Seoul.“

Daneben können Nordkoreas geschätzte 1000 Scud- und Rodong-Raketen fast jedes Ziel in Südkorea treffen. Seoul schätzt, dass nordkoreanische Musudan-Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite zwischen 2500 und 4000 Kilometern zudem nicht nur Ziele in Südkorea oder Japan treffen, sondern auch den US-Militärstützpunkt auf Guam im Westpazifik erreichen können.

China fürchtet die unkalkulierbaren Risiken eines amerikanischen Militärschlags, der auch das große Nachbarland schwer treffen könnte – besonders bei einer nuklearen Eskalation. Einige Beobachter gehen davon aus, dass Chinas Streitkräfte auf eine Intervention vorbereitet sein dürften, um unter Umständen möglichst rasch Kontrolle über die nordkoreanischen Atomwaffen gewinnen zu können. „Ein Land hat immer Krisenpläne“, sagt der Nordkorea-Experte und Professor Jin Qiangyi von der Yanbian Universität in der Provinz Jilin.

Aber er warnt auch: „Niemand ist darauf vorbereitet, einschließlich Nordkorea. Auch die USA sind nicht bereit dafür.“ Die Situation eskaliere gerade. „Wenn Nordkorea jetzt einen Atomversuch oder einen Raketentest unternimmt, wird die Lage sehr ernst. Wenn sie sich zurückhalten, kann die Krise vorbeiziehen.“

ANSICHT

Lügen können Kriege in Bewegung setzen, Wahrheit hingegen kann ganze Armeen aufhalten.

OTTO VON BISMARCK (1815-1898); PREUSSISCH-DEUTSCHER POLITIKER

„Wer über einen Hammer verfügt, für den sind alle Probleme Nägel“

Der Buchautor Jürgen Wagner kritisiert die Aufrüstungspläne der Nato. Dem Militärbündnis wirft er eine Expansionspolitik mit antirussischen Zügen vor.

VON JOACHIM ZINSEN

Aachen/Tübingen. Die Spannungen steigen. Das Verhältnis zwischen den USA und Russland scheint zerrüttet. Wer ist dafür verantwortlich. Ein Gespräch mit dem Träger des Aachener Friedenspreises Jürgen Wagner.



Jürgen Wagner: Das russische Verhalten ist reaktiv. Foto: privat

Herr Wagner, das Verhältnis des Westens zu Russland hat sich in den vergangenen Jahren rapide verschlechtert. Was sind die Gründe?

Wagner: Zuerst wäre da die Nato-Expansionspolitik zu nennen, die klar antirussische Züge trägt. Am folgenschwersten waren die Nato-Erweiterungen 1999, 2004 und 2009, die ein klarer Bruch von Zusagen kurz nach Ende des Kalten Krieges waren. Hinzu kamen der völkerrechtswidrige Nato-Angriff auf Jugoslawien 1999, die ab 2000 vorangetriebenen Nato-Raketenabwehrpläne und die „Bunten Revolutionen“, bei denen im unmittelbaren Umfeld Russlands mit westlicher Unterstützung pro-russische durch pro-westliche Macht-haber ersetzt wurden. Das zusammen hat in Russland diejenigen gestärkt, die jeden weiteren Einflussgewinn des Westens zurückschlagen wollen – und so kam es auch. Zuerst 2008 in Georgien und dann ab 2013 in der Ukraine.

In der öffentlichen Debatte gilt die

damit eine Art Präzedenzfall schuf, an dem sich nun andere Länder orientieren.

Inzwischen eskalieren die Spannungen immer weiter.

Wagner: Aus meiner Sicht tragen die ganzen gegen Russland gerichteten Aufrüstungsmaßnahmen maßgeblich zur Eskalation bei: Vor allem die vier Nato-Bataillone mit je 1000 Soldaten, die nun faktisch dauerhaft in Osteuropa stationiert werden, halte ich für hochproblematisch. Das bedeutet in der Sache die Aufkündigung der Nato-Russland Grundakte von 1997 mit ihrem Versprechen, dass die Nato „keine substantiellen Kampftruppen“ dauerhaft in Osteuropa stationieren wird.

Der Westen will damit den baltischen Staaten und Polen ein Gefühl größerer Sicherheit gegenüber Moskau geben. Ist die russische Außenpolitik auf Expansion angelegt?

Wagner: Ja, aber man sollte auch hier nicht übersehen, dass das russische Verhalten primär reaktiv ist. Die Konflikte spielen sich vor allem dort ab, wo der Westen zuvor massiv versucht hat, russischen Einfluss zurückzudrängen und Moskau dies nun seit einigen Jahren zu konterkarieren versucht.

Gilt das auch für den Syrien-Kon-

flikt?

Wagner: Gerade in Syrien kann die Destabilisierung des Landes nun wirklich nicht Russland angelastet werden: Die Aufrüstung von – großteils radikalislamischen – Gruppen, um Machthaber Assad zu stürzen, läuft federführend durch die USA ja seit vielen Jahren. Dass sich Russland nun entschieden hat, auf Seiten „ihres“ Verbündeten“ Assad militärisch einzugreifen, macht die Situation aber noch gefährlicher. Sie zeigt aber auch: Lösungen können nur mit und nicht gegen Russland gefunden werden.

Die USA fordern von den Nato-Mitgliedern auch mit Blick auf das Verhältnis zu Russland, ihre Militärausgaben drastisch zu erhöhen. Was haben diese Aufrüstungspläne zur Folge?

Wagner: Das halte ich mit Verlaub für lachhaft. Die Nato hat 2016 nach Eigenangaben 918 Milliarden Dollar für Rüstung ausgegeben, bei Russland waren es unter 70 Milliarden Dollar und der Etat wird 2017 bis 2019 wohl weiter sinken. Trotzdem werden nun – gerade in Deutschland – Unsummen in den Militärbereich gepumpt. 2006 betrug der Etat noch rund 28 Milliarden Euro – nach gegenwärtigen Plänen sollen es 2021 über 42 Milliarden sein. Das wird zu einer gewaltigen Militarisierung unserer

Außenpolitik führen – hier trifft der Spruch dann zu: „Wer über einen Hammer verfügt, für den sind alle Probleme Nägel.“

Wie groß ist die Gefahr, dass der neue kalte Krieg in einen heißen Krieg umschlägt. Müssen wir befürchten, dass es zu einer direkten militärischen Konfrontation zwischen Russland und den USA kommen kann?

Wagner: Mir machen zwei Dinge große Sorgen: Einmal, dass wir in den nächsten Jahren mehr und mehr Stellvertreterkriege bekommen, wie es in Syrien bereits zu beobachten ist; und zweitens, dass der Truppenaufmarsch im Osten „aus dem Ruder“ laufen könnte. Ich glaube hier weniger an eine gezielte Eskalation, aber die zahlreichen Manöver in der Region haben schon vielfach zu Beinahe-Zusammenstößen zwischen russischen Truppen und solchen der Nato geführt. Sollte dies tatsächlich geschehen, könnte sich schnell eine gefährliche Eskalationsspirale entwickeln, zumal viele direkte Kontakte für einen solchen Fall, die noch im Kalten Krieg existierten, gekappt wurden.

Was muss geschehen, damit wir wieder aus der Eskalationsspirale herauskommen?

Wagner: Aus russischer Sicht versucht der Westen aggressiv Ein-

Wagner kommt zu einem Vortrag nach Aachen

Jürgen Wagner ist Historiker, Buchautor und geschäftsführender Vorstand der Tübinger Informationsstelle Militarisierung, die 2011 mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet wurde. Am Mittwoch, 19. April, hält er in Aachen einen Vortrag. Ort der Veranstaltung ist das Haus der Evangelischen Kirche, Frère-Roger-Str. 8-10, Beginn: 19 Uhr. (jozi)